

# Sammler Echo

Preis 15 A

Am Sonntag  
Flughblattverbreitung  
in allen Hamburger Bezirken

## Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 232

Sonntag, 23. August 1930

56. Jahrgang

Wenn Minister Wahreden halten

### Durcheinander bei den Reichsministern Stegerwald, Wirth und Brüning machen in Katastrophensimmung Finanzminister Dietrich malt rosenrot

Die Minister der gegenwärtigen Regierung reisen im Lande umher und halten fleißig Wahreden. Das ist ihr gutes Recht, und wir sind die letzten, die ihnen daraus einen Vorwurf machen wollen. Schließlich sind sie es ja in erster Linie, die sich zu verantworten haben für das Ungemach, das durch ihre verhängnisvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik in wenigen Monaten über die breiten Massen des Volkes in verstärktem Maße hereingebrochen ist.

Aber man sollte erwarten, daß wenigstens die amtierenden Minister in der Beurteilung der finanz- und wirtschaftspolitischen Lage eine gewisse Einhelligkeit bewahren und sich nicht auch dabei in demselben Durcheinander gefallen, wie wir es jetzt bei den Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Interessentengruppen erleben. Schließlich genügt es für verantwortliche Politiker doch nicht, in einem Wahlkampf, der um höchste Entscheidungen geht, sich allein mit der Parole „Gegen die Sozialdemokratie“ zu begnügen. Das wäre doch ein Zeichen zu armerlicher Geistesverfassung.

Leider muß festgestellt werden, daß sich nicht einmal die Minister des jetzigen Kabinetts, die sich mit Wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen haben, in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation einig sind. Erst vor zwei Wochen hat Reichskanzler Brüning, als er vor dem Provinzialparlament der rheinischen Zentrumspartei seine erste Wahlrede hielt, grau in grau gemalt und so etwas wie eine Katastrophe vorausgesagt, wenn nicht die Wahlen einen Sieg der Regierung ergäben (worauf man selbst im Lager der Regierungsparteien nicht zu hoffen wagte!). Zu ungefähr derselben Zeit hielt Reichsarbeitsminister Stegerwald eine Rede, in der er von katastrophalen Auswirkungen der Reichstagsauflösung auf den Arbeitsmarkt sprach, während wenige Tage später Reichsinnenminister Dr. Wirth seinerseits den Wahlkampf eröffnete mit einer Rede, in der er für den kommenden Winter eine Arbeitslosenziffer von 3 1/2 Millionen prophezeite und sich in dunklen Andeutungen darüber erging, daß man es schon als einen großen Erfolg verbuchen könne, wenn es nur gelänge, die Kernstücke unserer Sozialpolitik überhaupt zu retten. Der Zweck aller dieser Reden war sehr klar, das Volk sollte gaulich gemacht werden vor der Sozialdemokratie, und die Sozialdemokratie sollte eingeschüchtert werden und die vom Kabinett Brüning durchgeführten Verschleierungen der Sozialpolitik als das kleinere Übel betrachten.

Dieser Versuch ist natürlich mißlungen. Aber die andere Wirkung der Rede, die die allzu aggressiven Zentrumsmänner wohl nicht bedacht hatten, macht sich schnell bemerkbar. Nicht nur im Inlande, auch im Ausland wird infolge der bitteren Prophezeiungen, wie sie besonders Herr Wirth ausgesprochen hat, das Vertrauen zu Deutschlands Finanz- und Wirtschaftskraft geschwächt.

Nun erfolgt prompt ein Pendelausschlag nach der anderen Seite. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sah sich veranlaßt, gestern in Berlin vor Vertretern der Presse über die finanzielle und wirtschaftliche Lage zu sprechen. Die Ausführungen Dietrichs waren, das darf man nach dem Vorgegangenen der letzten Wochen wohl feststellen, überaus beruhigend. Im Gegensatz zu seinen Ministerkollegen, rückte er weit ab von allen pessimistischen Betrachtungen unserer Finanzlage und erging sich in so optimistischen Voraussetzungen, daß man sich direkt wieder in die schönen Zeiten des Finanzministers Moldenbauer zurückverlegt fühlt.

### Dietrichs Darstellung

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich besahe, man müsse unterscheiden zwischen dem, was jetzt sei und in den nächsten Monaten sein werde, und dem Gesamtstand unserer Finanzen und Wirtschaft, wie er sich, auf lange Sicht gesehen, präsentiert. Die Kassenlage des Reiches sei durchaus normal. Menschlichem Ermessen nach dürfe mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß wir, dank der neu erschlossenen Einnahmen, ohne Schwierigkeiten über die nächsten Monate hinwegkommen.

Man kann deswegen davon ausgehen, daß auch der schlimme Termin des 1. Januar überwunden werde. Das Reich habe keine schwebenden Auslandskredite reflekt zurückgezahlt. Von dem Ueberbrückungskredit von 350 Millionen Mark seien fünf Raten zu 50 Millionen Mark bezahlt, so daß nur noch je 50 Millionen Mark im September und Oktober zu tilgen seien. Der Bankkredit von 200 Millionen Mark sei auf die Hälfte herabgemindert. Die schwebende Schuld sei um über 500 Millionen Mark reduziert. Schwagen seien bei einer großen Reihe von Zöllen Ausfälle zu erwarten.

Bei unerer Beurteilung der Finanzlage haben wir, so erklärt Dietrich weiter, in das Kalkül eine Erhöhung der Arbeitslosenziffer eingerechnet, so daß einer Gefahr von dieser Seite für die Kasse gleichfalls vorgebeugt ist.

Man kann deswegen davon ausgehen, daß der neue Reichstag eine Reihe von Monaten in Zeit ungestörter Arbeit finden wird, in der er die neuen Vorlagen, die wir eben vorbereiten und über deren Inhalt demnächst Näheres bekanntgegeben wird, bearbeiten kann.

Die großen Staatsbetriebe, Post und Eisenbahn, befinden sich in einer sehr vorzüglichen Lage. Die Reichspost war in der Lage, für 200 Millionen Mark Arbeiten außerhalb des üblichen Bedarfs zu vergeben, die sich an viele Hunderte von Firmen in Deutschland verteilen. Die Reichsbahn wird zum erstenmal seit Stabilisierung der Währung keinen Gewinn ausweisen, ein Zustand, den sie mit vielen Bahnen der Erde teilt. Reineswegs besteht aber die Gefahr, daß das Reich für die Reparationslast, die die Eisenbahn zu tragen hat, einbringen muß. Daß die Lage der Eisenbahn den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend ist, beweist auch, daß es gelang, die Geldmittel aufzubringen, mit denen sie zur Erleichterung der Wirtschaftslage beitragen soll.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht zurückgegangen. Immerhin muß man sich danor hüten, die Zahlen zu mißbrauchen. Gewiß ist es entsetzlich, daß wir heute im Sommer eine solche Arbeitslosigkeit haben. Wir haben zwar keinen Zweifel, daß der bisher von uns vorgesehene Jahresdurchschnitt von 1,6 Millionen Staatsunterstützungsempfängern im Laufe des Winters überschritten werden wird, aber ich möchte danor warnen, anzunehmen, daß im Winter Arbeitslosenziffern, wie sie hier und da kolportiert worden sind, in Frage kommen.

Zur Lage des Geldmarktes erklärte der Minister unter anderem: Man darf mit Besorgnis feststellen, daß es in Deutschland immer noch Kreise gibt, die das Vertrauen zum Staat nicht verloren haben. Ich bin überzeugt, sie werden nicht leicht fahren. Beachtenswert ist zum Beispiel, daß der Absatz an Pfandbriefen für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute und Hypothekendarlehen im ersten Halbjahr 1930 um fast eine halbe Milliarde höher war, als in der gleichen Zeit des Jahres 1929. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß der momentane Zustand für die Zukunft gar nichts beweist.

Die große Sorge ist nicht mehr, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu beheben, sondern eine Politik zu treiben, die uns endlich, wenn auch nur langsam, aus dem Elend der Arbeitslosigkeit, die zu einer Dauererziehung zu werden droht, herausführt. Ich warne danor, durch den momentanen relativ günstigen Stand sich zu schmeicheln, daß die Entschädigung auf lange Sicht verfallen zu lassen. Hier sind Faktoren, die wir nicht in unserer Hand haben. Ein dauernder Preisanstieg am Weltmarkt kann nicht ohne Rückwirkung auf die deutschen Preise, Löhne und Gehälter sein, und diesen Prozeß zu bewältigen, das ist die entscheidende Aufgabe. Mit dieser Frage werden sich auch die kommenden einschneidenden Maßnahmen der Regierung zu beschäftigen. Ich bin überzeugt, daß davon die größten Schäden. Jede vernünftige Reform muß die Aufgabe haben, die Produktion so zu entlasten, daß der Druck auf

### Schwere Zusammenstöße in Bunzlau Zwei Personen getötet und sechs verwundet

WZ. Bunzlau, 22. August. Freitagabend fand hier im Versammlungslokal Oden eine von den Nationalsozialisten einberufene Wahlversammlung statt. Während die Versammlung tagte, kam es vor dem Lokal zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die lärmende Menge, die die Generalmehr mit Wasserstrahlen zurückjagenden mußte, ging zum Angriff über, wobei der Kriminalassistent Melzer durch einen Steinwurf am Kopf verletzt wurde.

Darauf gab die Polizei eine Salve ab, durch die zwei Personen getötet und sechs verwundet wurden. Nach einer anderen Version soll es sogar drei Tote gegeben haben, doch ließ sich bei der allgemein herrschenden Verwirrung die genaue Anzahl nicht feststellen.

Ein von Görtlich angeforderter Bereitschaftswagen Schutzpolizei trat um 22.40 Uhr in Bunzlau ein, brachte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

### Fortgesetzte Nazi-Heke in Hannover

SPD. Hannover, 23. August. Die Nationalsozialisten setzen ihre Heke fort. In einer am Donnerstagabend stattgefundenen Versammlung erklärte der Nationalsozialist Hiller, daß alle Gegner der Nazis nach dem 15. September ausgehauert werden. Ferner erklärte er, daß die im Gewerkschaftshaus gelegte Bombe wahrscheinlich noch nicht die letzte gewesen sei.

Im Anschluß an die Versammlung kam es zu Zusammenstößen. Aus der vor dem Versammlungslokal versammelten Menge wurden zwei Schüsse abgegeben. Man nimmt an, daß es sich um Schüsse nationalsozialistischer Propagandare handelt. Die Polizei mußte einschreiten und die Straße mit dem Gummiknüttel säubern.

### Reichsbanner schafft Ordnung Nazis unterm Tisch - Münchener Staatspartei unter dem Schutz des Republikanischen Schutzbundes - Versammlungssprengung verhindert

SPD. München, 22. August. Die Hakenkreuzler verühten am Donnerstagabend, auch die zweite Versammlung der Staatspartei zu sprengen. Die Sprengung der ersten Versammlung war ihnen bereits vor wenigen Tagen geglückt. Am Donnerstag kamen sie aber an die unrichtige Adresse. Auf Wunsch der Leitung der Staatspartei hatte das Reichsbanner den Saal für ihre Referate gemietet. Die Redner des Abends konnten deshalb ihre Referate ungehindert zu Ende führen. Als der Versammlungsleiter jedoch zum Schluß der Kundgebung feststellte, daß sich niemand mehr zur Diskussion gemeldet habe, erhoben die zahlreichen anwesenden Nationalsozialisten und Kommunisten ein wildes Gekrei und warfen mit Steinen und Stuhlbeinen wildlos in die Versammlung hinein. Das Reichsbanner setzte die Kundgebung scheinbar an die frische Luft; auch die Polizei griff ein.

Der Saal war bereits besetzt, als sich den Ordnungsmännern ein bedrückender Anblick bot. Etwa ein Dutzend Hakenkreuzler hatte sich nach dem Vorbild ihres feigen Herrn und Meisters ängstlich unter die Tische verkrochen.

Sie wurden von den Reichsbannerkämpfern bei den Ohren herausgeholt und an die Luft befördert. Auf der Straße verühten zusammengetrottelte Nazi-Banden mehrmals, einzeln gehende Reichsbannerleute zu überfallen, konnten aber von der Polizei vertrieben werden. Tags zuvor hatte ein als besonders feig bekannter Nationalsozialist im Stadtrat offen zur Sprengung gegnerischer Versammlungen aufgerufen.

### Schutz der Wahlfreiheit

Im Ueberwachungsamt des Reichstages beantragten die Kommunisten am Freitag, durch die Reichsregierung die sofortige Aufhebung aller Maßnahmen zu veranlassen, die geeignet sind, die uneingeschränkte Wahlfreiheit zu behindern wie die Verbote der bayerischen Regierung gegenüber den

die Löhne und Gehälter, der vom Weltmarkt herkommt, nicht zu groß wird. Nur solche Reformen werden auch dazu beitragen, die weitere Produktionssteigerung zahlreicher Erzeugnisse zu verhindern. Das zweite aber ist, daß wir wieder einiges Vertrauen zu uns selbst und zu unserem Staate haben.

Es wird jetzt so viel von der Kapitalflucht geredet. Was macht das Ausland mit unserem Geld, das bei ihm angelegt wird? Das Ausland leiht dieses Geld wieder in Deutschland aus, natürlich mit einem entsprechenden Zinsfuß. Man sieht, daß das Ausland in einem Vertrauen zu uns hat, als wir zu uns selbst. Ein schwerer Rückschlag der deutschen Wirtschaft wird in seinen Wirkungen ganz gewiß nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Es dürfte daher der Mühe wert sein, sich einmal zu überlegen, ob es klug ist, kein Geld zu schlechten Zinsen im Ausland anzulegen oder fünfprozentige ausländische Papiere zu kaufen, anstatt deutsche Pfandbriefe und ähnliche Anleihen, die 8 % tragen, als Kapitalanlage zu benutzen.

Herrn Dietrichs Absichten in allen Ehren. Er hat es als Reichsfinanzminister offensichtlich für seine Pflicht gehalten, der Katastrophensimmung entgegenzuwirken. Aber wir sehen uns doch, auch wenn wir natürlich die zahlenmäßigen Angaben nicht in Zweifel ziehen, zu der Feststellung genötigt, daß der Reichsfinanzminister erheblich übers Ziel hinausgeschossen ist und nun eine Darstellung gibt, die nicht nur eine Verhöhnung der öffentlichen Meinung bezweckt, sondern auch die „erfolgreiche Arbeit“ dieses Kabinetts und den Nutzen der Notverordnungen herausstreifen soll. Das ist denn doch ein wenig zu viel Wahlmache. Es ist jedenfalls nicht möglich, daß die finanzielle Auswirkung der Notverordnungen sich bereits drei Wochen nach ihrem Erlass so nachhaltig gezeigt haben sollte; wobei wir auch noch darauf aufmerksam machen möchten, daß ein Teil dieser Verordnungen praktisch noch gar nicht realisiert worden ist. Es ist uns beispielsweise noch nicht zu Ohren gekommen, daß eine Gemeinde Luft verpumpt hätte, von dem Danaergeschenk der Kopfsteuer Gebrauch zu machen, was für die Beurteilung dieser Steuer bezeichnend genug ist.

Man wird die Ausführungen Dietrichs mit der Skepsis aufnehmen müssen, die wir von Anfang an auch den Erklärungen und Prophezeiungen seines Amtsvorgängers Moldenbauer gegenüber bewahrt haben.

### Selbstmord eines Wahlkandidaten

Der Vorsitzende der Kammer der Stadtverordnetenfraktion der Wirtschaftspartei, Sanktus W. Eckardt, der für die Reichstagswahlen als Kandidat im Wahlkreis Westfalen-Süd aufgestellt war, wurde in seiner Wohnung in Essen erschossen aufgefunden. Nach den ärztlichen Feststellungen liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. Ueber die Motive ist nichts bekannt.

### Neues Attentat auf den Sozialetat

Wo Brüning - Dietrich sparen wollen / 15 Millionen beim Wehretat, aber 50 Millionen bei den Sozialausgaben

SPD. Berlin, 23. August. Die Regierung Brüning hat sich durch Verordnung vom 26. Juli selbst die Ermächtigung gegeben, an den Reichsausgaben 100 Millionen zu sparen. Gleichzeitig hat sie versprochen, dem Reichstag unersetzlich mitzuteilen, wie sich diese Ersparnisse im einzelnen verteilen sollen.

Seitdem ist fast ein Monat vergangen, ohne daß die Verprechungen eingelöst worden wären. Auf allen möglichen Gebieten entkifet die Regierung eine fleißige Tätigkeit. Die Minister reisen im Lande umher und reden um die Wette über alles Mögliche und Unmögliche. Man besetzt sich mit Plänen zur Reichs- und Wahlreform, nur über das, was im Augenblick zu geschehen hat, schweigt die Regierung in allen Tonarten.

Das hat seine guten Gründe; denn von den Streichungen in Höhe von 100 Millionen sollen nur 15 Millionen auf den Wehretat, dagegen rund 50 Millionen auf die Sozialabgaben entfallen! Im Sozialetat beabsichtigt man insbesondere zu streichen:

- 10 Millionen Reichszuschüsse für die Wochenhilfe,
- 12,5 Millionen Entschädigung an die Reichspost für die Auszahlung der Sozialrenten und den Verkauf der Marken,
- 5 Millionen bei der Kleinrentenfürsorge,
- 14 Millionen bei den Kapitalabfindungen der Kriegsbekämpften,
- 1 Million für Kindererschickungen aus den früher besetzten Gebieten.

Im das Ausmaß dieses Attentats auf den Sozialetat richtig würdigen zu können, muß daran erinnert werden, daß die Regierung Brüning bereits in ihrem Haushaltsplan 17 Millionen bei der Wochenhilfe und 20 Millionen bei der Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Invalidenfürsicherung gestrichen hat.

Unter der Regierung Hermann Müller wurden für die Familienwochenhilfe 32 Millionen Mark ausgegeben. Die Regierung Brüning hat dafür nur noch knappe 6 Millionen übrig. Der Regierung Hermann Müller war es — zum ersten Male seit der Stabilisierung — gelungen, den Wehretat um fast 80 Millionen zu senken. Jetzt ist es dem Reichswehrministerium gelungen, ohne Rücksicht auf die Finanznot seinen Etat wieder um 25 Millionen zu erhöhen.

Das alles ist nur ein Anfang. Selbst die Regierung Brüning aus diesem Wahlkampf siegreich hervor, dann wird sie auch ihre

### Lustspiel um einen Aufruf

Als Kaiser Karl V. von Habsburg dem Thron entfiel hatte, ging er in ein Kloster und verlegte sich auf die Uhrmacherei. Sein ganzes Bemühen war darauf gerichtet, die Uhren, die in seiner Klosterzelle hingen, zu genau derselben Zeit zum Schlagen zu bringen. Aber es gelang ihm nicht. „Ich Tor!“ rief er da eines Tages aus, „ich habe ein großes Reich regieren wollen und ich bin nicht einmal imstande, ein paar Uhren dazu zu bringen, daß sie gleichzeitig schlagen!“

Nun hat sich neuerdings ein Fall ereignet, der an diese alte Geschichte erinnert. Die Parteien der Mitte wollen das Deutsche Reich regieren, und sie sind nicht einmal imstande, einen gemeinsamen Aufruf zu ertlassen!

Die Geschichte des zwar schon veröffentlichten, aber noch nicht ertlassenen Wahlaufsatzes der Mittelparteien ist ein bürgerliches Lustspiel in mehreren Akten. Es beginnt mit der Ueberraschung, daß auf einmal drei Parteien, die sonst nicht als die allerbesten Freunde gelten, Arm in Arm vor der Kampe erscheinen und ihr Jahrhundert in die Schranken fordern. Herr Scholz und Herr Kempkes von der Deutschen Volkspartei, Herr Dreiwitz und Herr Sackenberg von der Wirtschaftspartei, schließlich der Herr Reichsminister Treviranus von der Konservervativen Volkspartei traten am Donnerstag mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. Pöflich aber erscheint Herr Collofer, gleichfalls von der Wirtschaftspartei, deren zweiter Vorsitzender er ist, aufgeregt gestikulierend. Er macht vor aller Welt einen furchtbaren Schand und verkündet, daß der Aufruf gar kein Aufruf ist, sondern nur ein Entwurf. Erst am Dienstag der nächsten Woche wolle der Vorstand der Wirtschaftspartei sich entscheiden, ob er den Aufruf unterzeichnen wolle oder nicht.

Inzwischen aber hat sich schon eine neue Verwickelung zwischen Deutscher Volkspartei und Staatspartei angeponnen. In päfziger Weise hat die Volkspartei die Staatspartei aufgefordert, ihre Unterschrift unter den Aufruf zu leisten. Frisch zur Antwort: Freitag, 22. August. Daß man einen Aufruf, der schon veröffentlicht ist, nachträglich noch einem Partner zur Unterzeichnung vorlegt, ist schon an sich ein etwas sonderbares Verfahren. Die Sache kompliziert sich aber weiter dadurch, daß der Staatspartei ein befristetes Ultimatum gestellt wird, während sich eine andere Partei, die Wirtschaftspartei, in aller Gemütsruhe ihre Entscheidung für einen viel späteren Zeitpunkt vorbehält.

Dritte Verwickelung! Während die Deutsche Volkspartei die Staatspartei auffordert, den Aufruf zu unterzeichnen, erklären Konservervative Volkspartei und Wirtschaftspartei, daß sie die Mitunterzeichnung der Staatspartei gar nicht wünschen. Die Staatspartei ist also von einem der drei Unterzeichner zur Mitunterzeichnung eingeladen, von den zwei anderen aber wird sie wieder ausgeladen.

So entspinnt sich denn in der staatsparteilichen Presse von Woche bis Woche ein aufgeregtes Rätselspiel: Wird die Staatspartei unterschreiben oder wird sie nicht? Und was tut sie? Sie tut weder unterschreiben noch nicht unterschreiben, sie schreibt einen Brief. Sie will verhandeln. Sie macht in einem Brief, der veröffentlicht wird, zu dem Aufruf — pardon, zu dem Entwurf eines Aufrufs, der auch schon veröffentlicht ist, als ob er ein richtiger Aufruf wäre — aber bitte, er ist ja gar kein richtiger — also sie macht zu diesem Schriftstück Abänderungsvorschläge und von der Annahme oder der Ablehnung dieser Abänderungsvorschläge macht sie es abhängig, ob sie unterschreibt oder nicht.

Was will die Staatspartei geändert haben? Sie will, daß der Name Hindenburgs aus dem Aufruf heraus-

### Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:  
Finanzminister Dietrich macht in Optimismus  
Lustspiel um einen Aufruf.  
Nützte Zusammenstöße in Bunzlau.  
Neues Attentat auf den Sozialetat.  
Preislenkung und Arbeitsbeschaffung.  
Geldne Söhne für Röntgenal.

Tagesbericht:  
Wählerlisten einlefen!  
„Bomben“-Fabrik am Valentinskamp.  
Kunst und Wissenschaft:  
Friedrich Nietzsche. Zu seinem 30. Todestag.  
Aus aller Welt:  
Die Leichen der Nordpolexpedition von 1897 gefunden.  
Reise und Erholung:  
Wunder der Erde.  
Film und Funk.  
Die arbeitende Jugend.